

Josef Freise

Begegnung als Voraussetzung für mehr Gerechtigkeit

Bericht einer Reise nach Israel und Palästina im März 2015

Meine Reise nach Palästina und Israel im März 2015 hatte mehrere Ziele: die für den Herbst 2015 geplanten Austausch- und Forschungsvorhaben im Rahmen der Hochschulpartnerschaft zwischen der Katholischen Hochschule in Köln und der Universität Bethlehem vorzubereiten, einen Partnerschaftsvertrag mit der Universität Hebron zu unterzeichnen, wo der mit der Katholischen Hochschule in Köln seit langer Zeit verbundene Prof. Sami Adwan zum Vice President for Academic Affairs (vergleichbar der Aufgabe des Universitäts-Rektors bei uns) ernannt wurde, und ein von der Kölner Initiative „Begegnungen 2005“ initiiertes Austauschprojekt zwischen deutschen und israelischen Schulen (mit jüdischen, muslimischen und christlichen Schüler/innen) wissenschaftlich zu begleiten.

Im Folgenden gehe ich nicht auf die einzelnen „dienstlichen“ Aspekte der Reise ein, sondern beschreibe Eindrücke aus verschiedenen Gesprächen und Treffen.

Immer wieder wurde ich nach meiner Einschätzung der Wahl in Israel befragt und spürte auf palästinensischer Seite große Verletzung: Benjamin Netanjahu hatte kurz vor der Wahl rechte Ängste mobilisiert, als er das „Schreckensszenario“ ausmalte, die Araber würden von linken Kräften zur Wahl „gekarrt“, und er hatte sich zugleich gegen die Zwei-Staaten-Lösung ausgesprochen (was er später nach der Wahl wieder relativierte). Ich erlebte Hoffnungslosigkeit auf palästinensischer Seite. Lediglich die unermüdlichen Anstrengungen einzelner engagierter Aktiver machten Mut.

Mit Sami Adwan von der Universität Hebron, dem Münsteraner Islamtheologen Mouhanad Khorchide und unserer Katholischen Hochschule NRW in Köln wird ein deutsch-palästinensisches Forschungs- und Begegnungsprojekt zum interreligiösen Dialog geplant: Bücher für den Religionsunterricht sollen daraufhin untersucht werden, wie die jeweils anderen Religion in christlichen und muslimischen Religionsbüchern dargestellt wird. Trainings für Religionslehrer/innen und Sozialpädagog/innen sollen dazu beitragen, respektvoll über andere Religionen sprechen zu lernen, und es sind dazu „Manuals“ (Lehrbücher) geplant. Nun sind weder die PEGIDA-Demonstrationen in Deutschland, noch die Spannungen zwischen Hamas und Fatah in Palästina Ausdruck religiöser Konflikte, aber die zugrunde liegenden wirtschaftlichen Ängste und sozialen Vorbehalte werden zunehmend „religionisiert“, bekommen eine religiöse Färbung. In Palästina macht sich das fest daran, dass insbesondere Christen in großer Zahl auswandern und dass sich die muslimische Community stärker auf einen „engen“ Weg begibt. Musliminnen berichten, dass sie zunehmend unter Druck geraten, doch ein Kopftuch zu tragen, um Vorbild zu sein. Begegnungen beinhalten die Chance, Verengungen zu überwinden. Ein palästinensischer Professor berichtet von einer Reiseerfahrung: „Ich habe erlebt“, sagt er, „wie ein streng religiöser muslimischer Kollege auf einer Reise durch skandinavische Länder anfangs Frauen nicht die Hand gab und sich am Ende von ihnen mit Küsschen auf die Wange verabschiedete.“

In Israel verhärtet sich die Front zwischen (ultra-)orthodoxen und säkularen Juden. Ein Bürger der Stadt Haifa erklärte mal scherzhaft, weshalb in seiner Stadt das Zusammenleben von Juden und Arabern relativ gut funktioniert: „Das liegt daran, dass Moses nicht durch Haifa gezogen ist, dass Jesus nicht hier war und dass auch Mohammed uns nie besucht hat.“ Religion kann wirklich nur dann eine positive Rolle für die Entwicklung einer Gesellschaft übernehmen, wenn sie Menschen und Gruppen verbindet und nicht spaltet. Der Direktor einer arabischen muslimischen Schule in Haifa sucht die Verbindung mit einer jüdischen Schule und gemeinsam mit seinem Kollegen von dieser Schule gelingt es ihm, regelmäßig die Schüler/innen der Klasse 10 in zwei Projektwochen zusammenzubringen: eine Woche an der arabischen, eine Woche an der jüdischen Schule. Gesprochen wird über Themen, die bei allen positiv besetzt sind; das, was die Gruppen politisch und persönlich

trennt, wird bewusst ausgespart – nicht um zu tabuisieren, aber um in einem ersten Kennenlernen die alten Feindbilder zu umgehen und zu vermeiden.

Es sind die politischen Umstände, die alle Seiten in die Verhärtung führen: Die Palästinenser sind durch die Schikanen und Ungerechtigkeiten verbittert: durch das Eingesperrt im Westjordanland, die fehlende Arbeitsmöglichkeit. Die Araber in Israel bedrückt das Gefühl der Diskriminierung, als Bürger/innen zweiter Klasse behandelt zu werden.

Die jüdischen Israelis wiederum fühlen sich von den arabischen Nachbarstaaten umzingelt und bedroht sowie von der Welt im Stich gelassen. Der wachsende Antisemitismus in verschiedenen Teilen der Welt macht ihnen Angst. Dazu kommt die Bedrohung durch die Hamas, die für mich auf dieser Reise ganz besonders spürbar war. Ich war mit einer Delegation der Organisation „Begegnungen 2005“ nach Sderot ins Sapir College eingeladen: Das College liegt einen Kilometer von der Grenze zu Gaza entfernt; vier Kilometer sind es bis Gaza-Stadt. Alle Gebäude des Colleges sind gegen die Kassam-Raketen mit Vordächern geschützt; in Laufweite befinden sich auf dem ganzen Hochschul-Campus Schutzräume – wie große Bushaltstellen aus Beton. Die Professorin Ruthi Eitan berichtet, wie ein Student vor ihren Augen von einer Kassam-Rakete getroffen wurde und starb. Sie empfindet es als ungerecht, dass die Weltöffentlichkeit Israel als allein Schuldigen im Konflikt mit den Palästinensern ausmacht; dankbar ist sie, dass jüngst Amnesty International die Kriegsverbrechen der Hamas in Gaza benannt hat, als dort die Kassam-Raketen von Schulen und Krankenhäusern aus abgefeuert wurden. Wichtig zu wissen ist, dass Sderot von arabischen Palästinensern bewohnt war. Der Ort wurde 1948 von der zionistischen Untergrundorganisation Hagana vollkommen zerstört, und die Einwohner wurden nach Gaza vertrieben; sie und ihre Nachkommen leben bis heute – wenige Kilometer entfernt - als Flüchtlinge im Gazastreifen.

Bei den Gesprächen fiel auf, dass meist nur die eigene Leidensperspektive berichtet wurde; die jeweils andere Seite kam wenig in den Blick. Gerade deshalb ist der von Sami Adwan und dem leider zu früh verstorbenen israelische Psychologen Dan Bar On entwickelte Ansatz des „Listening to each other's story“ so wichtig. Dabei geht es um das Hinhören auf die Geschichte und die Gefühle der Menschen auf der anderen Seite. Dan Bar On und Sami Adwan brachten palästinensische Flüchtlingen mit nach Israel eingewanderten jüdischen Holocaustüberlebenden zusammen, die genau an den Orten leben, von denen die palästinensischen Gesprächspartner vertrieben wurden.

Überall finden sich – in Palästina wie in Israel – in Schulen und Universitäten die Erinnerungsorte („memorials“) zu den Kriegstoten aus der eigenen Einrichtung. Was die jeweils andere Seite durchmacht, wird kaum wahrgenommen: vielleicht aus psychologischen Gründen, weil die psychische Kraft vielleicht fehlt, häufig aber auch aus politischer Berechnung: Begegnungen „mit dem Feind“ sind nicht erwünscht. Auf palästinensischer Seite werden die institutionellen Kontakte zu israelischen Partnerorganisationen oft unterbunden, weil sie – so die Auffassung - einer „Normalisierung“ Vorschub leisten würden: Palästinensische Universitäten werden Partnerschaften mit israelischen Hochschulen untersagt; man befinde sich im Krieg und würde so nur den Status Quo stärken. Dass regierungskritische Israelis die berechtigten palästinensischen Anliegen unterstützen könnten, kommt so nicht in den Blick. Israel verbietet seinen Bürgern (aus Gründen der „Sicherheit“), ins Westjordanland zu reisen; Palästinenser mit Wohnsitz im Westjordanland dürfen nur mit Sondergenehmigungen nach Israel. So wissen die Menschen wenig voneinander, und es kann sich auch keine Empathie, kein Mitfühlen entwickeln, das die Voraussetzung wäre für eine Politik der Veränderung, die allen Bevölkerungsgruppen zumindest ansatzhaft gerechte und lebenswerte Verhältnisse bringt.

Stattdessen setzt die israelische Regierung auf eine Politik der Angst, die den Abbau von Grundrechten mit der Notwendigkeit begründet, dass nur so Sicherheit zu gewährleisten sei. Wie weit dieser Abbau von Rechten geht, wurde mir bei der Ausreise am Flughafen deutlich:

Jetzt werden nicht mehr die Reisekoffer im Beisein der Reisenden kontrolliert. Ein Schild weist daraufhin, dass man die Koffer bitte unverschlossen aufgeben soll. Sie werden jetzt in Abwesenheit der Kofferbesitzer durchsucht. Bei mir fehlte anschließend ein Lederbeutel, in dem sich u.a. eine Sim-Karte für mein israelisches Handy befand.

Hoffnung macht die Überlegung einzelner israelischer Palästinenser, die von der Notwendigkeit sprechen, eine Identität jenseits ethnischer und nationaler Zugehörigkeit zu entwickeln. „Es nützt nichts, ewig in seiner eigenen arabischen Opferecke zu verharren“, sagt ein junger Doktorand von der Universität Haifa. „Es gibt jüdische Partner, mit denen wir gemeinsam das Land hier aufbauen können, für die es nicht zentral ist, ob ich Araber oder sonst wer bin: Wir gehören als Israelis zusammen, und wir müssen unsere palästinensische Community in diesen Prozess mit hinein nehmen.“ Als arabischer Christ, so sagt er, gäbe es für ihn sonst nur die Alternative auszuwandern. Noch sind es wenige, die so denken wie er. „Transitional justice and community work“ wird als Zukunftsperspektive gesehen, eine Übergangsgerechtigkeit, die durch Gemeinwesenarbeit auf den Weg gebracht werden kann und sich dann politisch verstetigen muss: „Wir können nicht erwarten, dass für uns die völlige Gleichberechtigung irgendwann vom Himmel fällt. Wir können aber mit denen, die auf jüdischer Seite ehrlich an gerechten Verhältnissen interessiert sind, gemeinsame Schritte gehen.“ Die offenen Regionalfonds-Projekte der dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung angegliederten Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) tragen dieser Perspektive einer schrittweisen Entwicklung Rechnung, indem sie den Abbau der Machthierarchie zwischen Israelis und Palästinenser als Projektkriterium formuliert haben. Ein kleines Hoffnungszeichen ist auch das Projekt „Fair Trade Fair Peace“, das israelische und palästinensische (Kunst-)Handwerker zusammenbringt. In einem Brief schreibt Hadas Lahav, Geschäftsführerin von Sindyanna Of Galilee: „Wir haben das Ziel, Brücken zwischen Israelis und Palästinensern zu bauen. Wir glauben, dass wir nur durch vereinte Kräfte von Juden und Arabern eine gerechte Gesellschaft hier aufbauen können“ (<https://www.gepa.de/home/tipps-themen/fair-trade-partner-palaestina.html>).